
Hintergrundinformation

Die Initiative Bargeld zählt! und ihre Forderungen

Die Covid-19 Pandemie hat die Digitalisierung in allen Bereichen der Gesellschaft beschleunigt. Dies gilt auch für das Bezahlen. Große Supermarktketten fordern die Bevölkerung flächendeckend nach wie vor aktiv zu unbarem Bezahlen auf, obwohl längst feststeht, dass Bargeld auch in der Pandemie im Regelfall medizinisch unbedenklich ist.

Die Nachwirkungen dieser Kampagnen, die auf Fehlinformationen beruhen, sind spürbar. Bargeld weist eine Reihe unverzichtbarer positiver Charakteristika auf, die kein anderes Bezahlmittel bieten kann. Es sichert zudem die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger beim Bezahlen.

Vom Charakter her ist Bargeld ein öffentliches Gut, das den Volkswirtschaften von der jeweiligen Regierung und Zentralbank zur Verfügung gestellt wird, um ein stabiles Wirtschafts-, Währungs- und Finanzsystem zu gewährleisten sowie finanzielle und soziale Teilhabe an der Gesellschaft.

Die Bargeldnutzung und Bargeldversorgung ist jedoch nicht nur wegen der Pandemie gefährdet. Seit Jahren ziehen sich kommerzielle Banken immer mehr aus der Versorgung und der Handhabung von Bargeld zurück. Filialschließungen, Abbau von Geldausgabeautomaten und Geldeinzahlungsmöglichkeiten in der Fläche gehen Hand in Hand mit einer stetigen, teils sprunghaften und drastischen Erhöhung von Gebühren für Handel und Unternehmen, die Bargeld einzahlen oder ausgegeben haben möchten. Das macht sich vor allem im unternehmerischen Mittelstand bemerkbar, der Bargeld vorhält, weil ein großer Teil seiner Kunden nach wie vor mit Bargeld zahlt, auf absehbare Zeit mit Bargeld zahlen möchte und erwartet, dass Bargeldzahlung möglich ist.

In Schweden zum Beispiel hat die Entwicklung weg vom Bargeld zu einem Kontrollverlust der Zentralbank und einer Übermacht der kommerziellen Banken im Währungskreislauf geführt. Schweden hat aus diesem Grund Anfang 2021 ein Gesetz verabschiedet, das eine bestimmte Anzahl von Geldautomaten pro % der Bevölkerung Quadratkilometer vorschreibt, da die Bevölkerung in der Fläche zum Teil bis zu 200 Kilometer zurücklegen musste, um Zugang zu Bargeld zu haben. Zudem hat Schweden die kommerziellen Banken in diesem Gesetz angewiesen, Bargeld von Unternehmen anzunehmen und an sie auszuzahlen. Allerdings hat Schweden keine Verpflichtung des Handels zur Annahme von Bargeld in das Gesetz aufgenommen. Über 80% aller Transaktionen im Handel sind inzwischen unbar; bis 2023 soll es kein Geschäft mehr geben, das noch Barzahlungen akzeptiert ([Sweden: How to Live in the World's First Cashless Society \(interestingengineering.com\)](https://www.interestingengineering.com/news/sweden-how-to-live-in-the-worlds-first-cashless-society))

Vor allem in nördlichen Industriestaaten – Skandinavien in Gänze, Holland, zum Teil in den USA etc. sowie in Asien wie etwa Singapur, China – ist ein ähnlicher Trend zu beobachten. Auch in Deutschland gibt es zunehmend Anbieter, Geschäfte und Dienstleister, welche die Annahme von Bargeld verweigern. Das aber führt nicht nur dazu, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden, sondern verteuert auch den Erhalt des Bargeldkreislaufs: Je weniger Bargeld im Umlauf ist, desto höher sind die Kosten für das Handling von Bargeld; wie bei jeder Infrastruktur. Je weniger Marktteilnehmer Bargeld annehmen und ausgeben, desto teurer wird es für jene, die es weiterhin tun. Am Ende kann es passieren, dass der Bargeldkreislauf nicht länger kosteneffizient aufrechterhalten werden kann. Auch so kann man Bargeld abschaffen.

Die USA sind daher den umgekehrten Weg gegangen wie Schweden: Immer mehr Staaten und Städte verabschieden Gesetze, laut denen der Einzelhandel dazu verpflichtet wird, Bargeld zu akzeptieren. Bislang haben diese Gesetze verabschiedet, bzw. sind dabei zu verabschieden, New York, Philadelphia, San Francisco (Städte in denen Geschäfte Barzahlung akzeptieren müssen), sowie New Jersey und Massachusetts ([Right to Pay Cash Now Protected in New York \(cashmatters.org\)](#)). In NY führt das etwa dazu, dass selbst Amazon Go stores Bargeld akzeptieren müssen, in denen Kunden sonst nur biometrisch erfasst und die Einkäufe automatisch abgebucht werden ([Amazon Go – Wikipedia](#)).

Der oben beschriebene Trend bedeutet letztlich eine Aushöhlung von Bürgerrechten sowie eine zunehmende Verschiebung des Themas Bezahlen weg von einem öffentlichen Gut. Der ursprüngliche Charakter und Zweck des Bargelds als öffentliches Gut wird von kommerziellen Banken unterlaufen, indem sie immer höhere Gebühren für das Handling von Bargeld von Unternehmen verlangen. Auch Privatpersonen sind immer häufiger mit hohen Gebühren konfrontiert, wenn sie Geld am Automaten abheben.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist die Initiative Bargeld zählt! im August 2020 aus einem losen Bündnis von KMU-Verbänden, -Organisationen und -Unternehmen hervorgegangen, das sich der demokratischen politischen Mitte zurechnet. Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, Zugang, Akzeptanz und Verfügbarkeit von Bargeld in Deutschland sicherzustellen. Ihre Unterstützer gewinnt die Initiative ausschließlich aus der politischen Mitte.

Bargeld ein öffentliches Gut und in Deutschland gesetzliches Zahlungsmittel. Die Initiative Bargeld zählt! stellt daher folgende Forderungen an die Politik:

1. Bargeld ist gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland.
Forderung: „Es ist gesetzlich festzulegen, dass ausnahmslos alle Geschäfte, Dienstleister und Einzelhändler in Deutschland verpflichtet sind, Bargeld als Bezahlungsmittel zu akzeptieren, selbstverständlich entsprechend aller gesetzlichen Vorgaben.“

-
2. Die Bargeldversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft muss gesetzlich sichergestellt werden.
Forderung: „Es muss sichergestellt werden, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in angemessener Entfernung (nach Vorgaben der Politik) Zugang zu Bargeld haben. Das gilt sowohl für Bargeldeinzahlungen als auch für Auszahlungen/Abheben.“

 3. Vom Charakter her ist Bargeld ein öffentliches Gut, das der Nation von der jeweiligen Regierung und Zentralbank zur Verfügung gestellt wird, um ein stabiles Wirtschafts-, Währungs- und Finanzsystem zu gewährleisten sowie Teilhabe an der Gesellschaft. Das muss sich in der Gebührenstruktur rund um das Bargeld widerspiegeln.
Forderung: „Die Politik hat sicherzustellen, dass Gebühren für den Bezug und die Einzahlung sowie das Handling von Bargeld insgesamt für Unternehmen einen regulierten Höchstsatz von 0,05% der betreffenden Summe nicht überschreiten dürfen.“